

Antrag

des Abgeordneten Tim Dieter und der Fraktion der Nationalen Allianz

Chinageld streichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland zahlte im Jahre 2020 rund 473,4 Millionen Entwicklungszusammenarbeit an die Volksrepublik China. Damit belegte die Volksrepublik China den dritten Platz der Entwicklungszusammenarbeitsempfänger. Ein Skandal in Anbetracht der wirtschaftlichen Stellung, die die Volksrepublik China international hat. Die Volksrepublik China ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und mit dem Militär und der Kontrolle über andere Länder eine Großmacht.

Die Volksrepublik China hat wirtschaftlich dieses Geld von uns also absolut nicht nötig. Es ist doch niemandem zu vermitteln, dass ein wirtschaftlich erfolgreiches Land mit zinsgünstigen Krediten unterstützt wird. Diese Gelder könnten besser eingesetzt werden. Dazu kommt, dass die Volksrepublik China massiv durch die Unterdrückung und Deportierung der Volksgruppe der Uiguren Menschenrechte unterdrückt. Wir sollten diesen Staatsterror nicht weiter unterstützen.

Auch das totalitäre System, wo die KPCh als Einparteindiktatur agiert und die eigene Bevölkerung kontrolliert, mit Kameras, die den Menschen „Soziale-Kreditpunkte“ für gutes Verhalten gibt, ist absolut nicht unterstützenswert.

Auch im Taiwan-Konflikt agiert die Volksrepublik China gegen die Republik China sehr aggressiv. Dazu kommt noch die moderne Sklaverei, womit Billigprodukte, die nicht nachhaltig sind, in aller Welt versendet werden. Unternehmen wie Tencent beherrschen unsere Märkte durch Aufkauf, Anteilkaufl und Unternehmensfusionen. Die Konzerne stehen ebenfalls fest unter der Leitung der KPCh und wer sich dagegen stellt, verschwindet oder wird zum Tode verurteilt.

Dazu muss gesagt sein, dass die Regierung von Olaf Scholz die Entwicklungszusammenarbeitsgelder schon massiv über die letzten Jahre gekürzt hat, aber immer noch Gelder fließen. Es ist schon lange überholt, dass China von der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) immer noch als Entwicklungsland eingestuft wird.

Die Entwicklungszusammenarbeit könnte für Staaten umverteilt werden, welche diese wirtschaftlich viel nötiger haben. Beispielsweise vielen afrikanischen Staaten kann geholfen werden, dass diese nach Vorbild der Republik Kenia (rund 90 % der Energieerträge stammen aus Erneuerbaren Energien) ihre Energiewirtschaft transformieren oder gegen Klimakatastrophen gewappnet sind. Auch gerade in Zeiten der Rezession in unserer Volkswirtschaft sollten wir besser überlegen, wo wir unsere Gelder in der Welt verteilen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Die Entwicklungszusammenarbeitsgelder an die Volksrepublik China zu stoppen.

Berlin, den 14. April 2024

Tim Dieter und Fraktion